

Kleine Anfrage Christa Ammann (AL): Die Stadt Bern ist Teil von „Mühleberg ver-fahren“ – welche Taten folgen auf den Bundesgerichtsentscheid vom 28. März 2013?

Die Stadt Bern ist im März 2012 dem Verein Mühleberg ver-fahren beigetreten, welcher die über 100 Anwohner und Anwohnerinnen, welche vor Gericht gegen die unbefristete Betriebsbewilligung kämpften, unterstützt.

Der Gemeinderat ist dem Verein gemäss eigener Mitteilung beigetreten, weil die BKW das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts nach Lausanne zum Bundesgericht weitergezogen hat. Er teilt mit, dass „er sich [bisher] vor allem auf politischer Ebene für die Abschaltung des AKW Mühleberg ein[gesezt hat], weshalb er auf einen Beitritt zum Verein verzichtet hatte. Nun will der Gemeinderat auch die juristischen Bestrebungen in dieser Hinsicht unterstützen.“

Mit dem Urteil des Bundesgerichts vom 28. März 2013 haben die zuständigen Richter dem ENSI quasi eine Vollmacht erteilt und die bisher geltende Grundlage von zwei verschiedenen Kontrollinstanzen ausgehebelt: Das ENSI ist neu alleine für die Beurteilung der Sicherheit des AKW Mühleberg zuständig. Dieser Entscheid hat auch zur Folge, dass die Gerichtskosten vom Bundesverwaltungsgericht und vom Bundesgericht von den Klägerinnen und Kläger übernehmen müssen. Mit den Anwaltskosten zusammen geht es ungefähr um 200'000 Franken, pro klagende Person also ca. 2'000 Franken.

Der Gemeinderat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten

1. Hat der Gemeinderat vorgesehen, sich mit den Klägerinnen und Klägern, die auch im Interesse der Stadt Bern gehandelt haben, solidarisch zu zeigen und sich an den Gerichtskosten zu beteiligen oder ist seine „Unterstützung von juristischen Bestrebungen“ rein ideologischer Natur?
 - a) Wenn er sich an den Kosten beteiligt: Mit welchem Betrag?
 - b) Wenn er sich nicht an den Kosten beteiligt: Warum nicht?
2. Zurzeit ist ein Gesuch bei der UVEK hängig, welches den Entzug der Betriebsbewilligung für das AKW Mühleberg fordert, da dieses bei einem vorsätzlichen Flugzeugabsturz nicht beherrscht werden kann. Inwiefern unterstützt der Gemeinderat dieses Gesuch?
 - a) Hat der Gemeinderat vorgesehen, sich zu diesem Gesuch und zu der Gefahr von Flugzeugabstürzen auf das AKW Mühleberg zu äussern?
 - b) Unterstützt der Gemeinderat das Gesuch ideell?
 - c) Unterstützt der Gemeinderat die GesuchstellerInnen finanziell?
3. Hat der Gemeinderat konkrete Pläne, wie er sich weiter für die möglichst rasche Abschaltung des AKW Mühleberg stark machen kann? Wenn Ja, welche?

Bern, 25. April 2013

Erstunterzeichnende: Christa Ammann

Mitunterzeichnende: Luzius Theiler, Rolf Zbinden